

Antrag 54/I/2026**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Stärkung der Europäischen Öffentlichkeit**

1 Die Bundestagsabgeordneten der SPD und eine Bundesre-
2 gierung unter Beteiligung der SPD werden aufgefordert,
3 sich für eine deutliche Stärkung der medialen Europäi-
4 schen Öffentlichkeit auf EU-Ebene einzusetzen, die inhalt-
5 lich identisch und simultan in allen (Amts-) Sprachen der
6 Europäischen Union in geeigneter Form wie z.B. Rund-
7 funkanstalten, Internetplattformen stattfindet und alle
8 EU-Staaten erreicht.

9

10 Begründung

11 Der Europäischen Union als Verbund ihrer Mitgliedsstaa-
12 ten steht unter starkem Druck, sich auf gemeinsames
13 Vorgehen zu verständigen. Gleichzeitig fehlt gerade kon-
14 troversen EU-Entscheidungen die Akzeptanz in den Mit-
15 gliedsstaaten. Ein Grund hierfür ist das Fehlen einer aus-
16 reichend etablierten gemeinsamen Europäische Öffent-
17 lichkeit, in der politische Anliegen außerhalb von EU-
18 Parlament und der Vertretung einzelner Mitgliedsstaaten
19 grenzüberschrei-tend diskutiert werden.

20

21 In jedem Mitgliedsstaat wird bisher gesondert über Akti-
22 vitäten auf EU-Ebene berichtet und debattiert. Bestenfalls
23 informieren nationale Medien vom Meinungsstand in ei-
24 nem anderen Mitgliedsstaat. Es gibt jedoch außerhalb
25 von thematisch begrenzter Inhalte fast keine grenzüber-
26 schreitende Meinungsbildung der EU-Bürgerinnen und –
27 Bürger, keine europäische Zeitung, nur vornehmlich infor-
28 matorische Rundfunkangebote wie euronews, Livestream
29 von Parlaments-/Ausschusssitzungen, jedoch keine euro-
30 paweit wirkenden Kommentare, politischen Streitgesprä-
31 che, keine europaweit ausreichend genutzte Plattform für
32 den Austausch von Sichtweisen, der auch Sprachgrenzen
33 überwindet und Bürger:innen beteiligt.

34

35 Dabei garantiert die Europäische Grundrechtecharta
36 auf EU-Ebene die Freiheit der gemein-samen politi-
37 schen Willensbildung. In Art. 11 heißt es nach dem Recht
38 auf grenzüberschrei-tende Meinungsfreiheit: „Die Frei-
39 heit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.“
40 Diese Charta geht wie selbstverständlich davon aus,
41 dass es Medien gibt, die frei und plural grenzüberschrei-
42 tend, sogar EU-weit tätig sind und eine Europäische
43 Öffentlichkeit existiert.

44

45 Ohne ausreichend gemeinsame Öffentlichkeit bleibt die
46 Meinungsbildung auf EU-Ebene schwach und vornehm-
47 lich auf Repräsentanten der Mitgliedsstaaten begrenzt.
48 Ihr fehlt die gemeinsame politische Willensbildung der

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 Bürgerinnen und Bürger über nationale und Sprachraum-
50 Grenzen hinweg und damit der willensbildende Unter-
51 bau.

52

53 In der Folge fehlt vielen Entscheidungen auf EU-Ebene
54 die nach gemeinsamer Willens-bildung gefundene Un-
55 terstützung aus den Bevölkerungen der EU-Staaten. Da-
56 bei erfordert die Lage außerhalb der EU eigentlich mehr
57 Verbindlichkeit und Unterstützung von gemeinsamen EU-
58 Interessen.

59

60 Genau hier setzt der Beschlussantrag an, denn der freie
61 europäische Medienmarkt hat trotz technischer Möglich-
62 keit eine Europäische Öffentlichkeit bisher nicht in ei-
63 ner Weise hervorgebracht, dass EU-Anliegen europaweit
64 über Sprachgrenzen hinweg gemeinsam diskutiert wer-
65 den. Es genügt nunmal nicht, dass eine z.B. Fachministe-
66 rin den Diskussions-stand und die EU-Pläne in nationalen
67 Medien wiedergibt bzw. bewertet oder von EU-Themen
68 in Landessprache berichtet wird. Vielmehr bedarf es ei-
69 ner öffentlichen Diskussion mit Fachministern aus mehre-
70 ren EU-Staaten unter Beteiligung der Menschen, welche
71 inhaltlich identisch und simultan in allen europäischen
72 (Amts-)Sprachen stattfindet. Hierfür fehlen noch immer
73 Kommunikationsformate. Gemeinsame Anliegen in EU-
74 Europa werden in sprachlich abgegrenzten nationalen Teil-
75 öffentlichkeiten diskutiert, falls dies überhaupt stattfin-
76 det.

77

78 Die vorhandenen grenzüberschreitenden Angebote wie
79 z.B. Euronews, Eurosport, Arte, Politik-Portale/Blogs im In-
80 ternet, das TV des Europäischen Parlaments und die Eu-
81 ropäische Rundfunkunion (EBU) bieten entweder thema-
82 tisch sehr begrenzte Formate der Meinungsbildung wie
83 beim ESC oder eröffnen keinen simultanen Austausch, kei-
84 ne Interaktion über Sprachgrenzen hinweg. Zudem sind
85 sie von geringer Reichweite.

86

87 Die nationalstaatliche bzw. sprachraumbegrenzte Teilöf-
88 fentlichkeiten können das Öffentlichkeitsdefizit auf EU-
89 Ebene auch in ihrer Summe nicht ausgleichen. In ei-
90 ner zumeist sprachraumbegrenzten Teilöffentlichkeit ist
91 die Behandlung europäischer Themen nicht nur von je-
92 weils national geprägten Medienakteuren abhängig, für
93 wie relevant ein Thema gehalten wird. Sie beruht zu-
94 dem auf sprachraumbegrenzten Erzählungen, z.B. „Über-
95 regulierung aus Brüssel“. Die Folge sind ein mitunter voll-
96 kommen unterschiedlicher Informationsstand und natio-
97 nal geprägte Sichtweisen zum selben europäischen The-
98 ma. Bei entgegengesetzten Interessen zwischen den Mit-
99 gliedsstaaten (Beispiel: Umfang der gemeinsamen Ver-
100 schuldung, Energieimporte) kann eine unterschiedliche
101 Besprechung des Themas in der jeweiligen nationalen Teil-

102 Öffentlichkeit die Einigungsfindung in der EU verhindern.
103

104 Die Verstärkung von Sichtweisen innerhalb jeweils na-
105 tionaler bzw. sprachraumbegrenzter Teilöffentlichkeiten
106 trägt zudem das Potential einer tiefen Spaltung innerhalb
107 der EU in sich, denn der Blick durch die nationale Brille
108 auf ein europäischer Thema kann den Ansichten in den
109 Teilöffentlichkeiten anderer Mitgliedsstaaten so deutlich
110 entgegen stehen, dass bei sehr kontroversen Themen Ver-
111 treter eines Mitgliedstaats in der EU, aber auch Europäi-
112 sche Parla-mentarier eine Verständigung mit Vertretern
113 anderer EU-Staaten nicht mehr wagen, weil sie das Ergeb-
114 nis in ihrer nationalen Teilöffentlichkeit nach dem dort zu-
115 vor geführten Diskurs nicht ohne einen hohen Glaubwür-
116 digkeitsverlust und Reputationsschaden vertreten könn-
117 ten, Naheliegenderweise auch nicht vertreten und des-
118 halb eine tragfähige Verständigung auf EU-Ebene verhin-
119 dert wird. In einer starken Europäischen Öffentlichkeit
120 würde sich die jeweils nationale Berichterstattung bzw.
121 nationale Erzählungen am europäischen Diskurs messen
122 lassen müssen und könnten innerhalb der nationalen
123 Teilöffentlichkeit deutlich hinterfragt werden. Umgekehrt
124 würde dies für die EU-Ebene ebenso gelten.

125
126 Der Entscheidungsprozess in der EU wäre mit einer gleich-
127 artigen Kontrolle der Arbeit Europäischer Institutionen
128 durch eine Europäische Öffentlichkeit zudem deutlich
129 transparenter und nachvollziehbarer, wie es bei auch sehr
130 streitigen Entscheidungsprozessen innerhalb der Mit-
131 gliedsstaaten eingeübt und von Bürger:innen mit anderer
132 Meinung überwiegend akzeptiert wird.

133
134 Die EU würde weniger als Elitenprojekt der Vertreter ein-
135 zelner EU-Staaten, der EU-Institu-tionen und der einzel-
136 nen Lobbyorganisationen wahrgenommen, denn eine ge-
137 stärkte Euro-päische Öffentlichkeit kann eine nicht zu un-
138 terschätzende Kontrolle durch Diskurs jedweder politi-
139 schen Initiative ausüben.